



**KLJB**  
Katholische  
Landjugendbewegung  
Bayern

**Beschluss 68. Landesversammlung der  
KLJB Bayern, 28.5.2017, Haus Werdenfels**

## **Wir haben was zu sagen! Demokratie braucht Jugendpolitik**

### **1. Es geht um unsere Zukunft!**

1

2

3 Demokratie ist kein Selbstläufer, wir müssen etwas für sie tun. Und wir wollen etwas für sie  
4 tun! Als KLJB Bayern ist es für uns wesentlicher Bestandteil unseres Selbstverständnisses, auf  
5 allen Ebenen unseres Verbands demokratisch zu handeln und so Verantwortung zu  
6 übernehmen, unser Lebensumfeld mitzugestalten und für unsere Werte und Überzeugungen  
7 einzutreten.

8 Jetzt erleben wir eine Zeit, in der politische Trends wie das Erstarken von vereinfachendem  
9 Populismus in Verbindung mit Rechtsextremismus und „Fake-News“ die Nachrichten  
10 beherrschen und den Hintergrund bilden, vor dem politische Debatten ausgetragen werden.

11 Gleichzeitig oder gerade deswegen steigen politisches Interesse und politische Aktivität junger  
12 Menschen – schließlich geht es um unsere Zukunft!

13 Um diese Zukunft aktiv zu gestalten und unsere Demokratie mit Leben zu füllen braucht es  
14 eine starke Jugendpolitik, die den Blick auf junge Menschen richtet, sie ernst nimmt und auf  
15 allen politischen Ebenen Beteiligung ermöglicht – von der Weltpolitik bis ins kleinste Dorf!

16

### **2. Mit uns, für uns – bloß nicht ohne uns!**

17

18

19 An eindeutigen politischen Willenserklärungen zur Bedeutung eigenständiger Jugendpolitik auf  
20 allen politischen Ebenen mangelt es nicht.<sup>1</sup> Bedenkt man, wie unterrepräsentiert junge

---

<sup>1</sup> Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD auf Bundesebene stellt den hohen Stellenwert und wesentliche Eigenschaften von Jugendpolitik deutlich heraus: „Jugend ist eine eigenständige Lebensphase. Wir begreifen Jugendpolitik als ein zentrales Politikfeld, das vorrangig von Ländern und Kommunen vor Ort gestaltet wird. Um unsere jugendpolitischen Ziele zu verwirklichen, benötigen wir eine starke Allianz für die Jugend mit einer neuen, ressortübergreifenden Jugendpolitik, die die Belange aller jungen Menschen im Blick hat. Gemeinsam mit Jugendlichen und ihren Jugendverbänden entwickeln wir das Konzept einer eigenständigen Jugendpolitik weiter. Wir wollen Jugendlichen Freiräume ermöglichen, ihnen Chancen eröffnen und Rückhalt geben. Wir werden gemeinsam mit den Jugendverbänden einen „Jugend-Check“ entwickeln, um Maßnahmen auf ihre Vereinbarkeit mit den Interessen der jungen Generation zu überprüfen.“ (Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode, 101.) Im vom Bayerischen Landtag beschlossenen Bericht der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern“ sprachen sich 2008 alle Landtagsfraktionen unmissverständlich für die Bedeutung von eigenständiger Jugendpolitik aus. Vgl.

21 Menschen in politischen Prozessen sind – gemessen am Ausmaß der Auswirkungen politischer  
22 Entscheidung auf deren Zukunft - scheint es die logische Konsequenz zu sein, Jugendpolitik eine  
23 hohe Bedeutung einzuräumen.<sup>2</sup> In der politischen Praxis sehen wir jedoch noch viel Potential,  
24 Jugendpolitik weiterzuentwickeln und mit Inhalt zu füllen.

25 Die Prinzipien der kirchlichen Jugendarbeit, die in der Würzburger Synode<sup>3</sup> grundgelegt sind  
26 und die unsere Erfahrungen als Jugendverband prägen, können auch für eine starke  
27 Jugendpolitik leitend sein: Subsidiarität, Orientierung an der Lebenswirklichkeit junger  
28 Menschen, die Bereitstellung von Räumen, personales Angebot sowie das Ziel, einen Rahmen  
29 bereitzustellen, der es jungen Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten zu entfalten und ihr Leben  
30 aktiv zu gestalten.

31

## 32 2.1 Jede Politik ist Jugendpolitik

33

34 Jugendpolitik findet nicht nur statt, wenn es explizit um Fragen der Jugend und der Jugendhilfe  
35 geht, sondern immer dann, wenn sich die Folgen politischer Entscheidungen auf junge Menschen  
36 aktuell und/oder in ihrer Zukunft auswirken. Folglich erstreckt sich Jugendpolitik auf beinahe  
37 alle Handlungsfelder von Politik. Als Querschnittspolitik hat Jugendpolitik die Aufgabe, einen  
38 Beitrag zu Generationengerechtigkeit und zur Chancengleichheit zu leisten und jungen  
39 Menschen Lebensperspektiven zu eröffnen.

40 Gerade angesichts der aktuellen demographischen Entwicklungen – vor allem in den ländlichen  
41 Räumen Bayerns – muss die Querschnittsaufgabe Jugendpolitik auf allen Ebenen dringend an  
42 Bedeutung gewinnen. Wichtige Weichen kann in Bayern die Landespolitik stellen.

### 43 **Daher fordern wir:**

- 44 • Entwicklung objektiver Kriterien zur Evaluierung politischer Prozesse aus der  
45 Perspektive junger Menschen – natürlich unter Beteiligung junger Menschen – und  
46 Etablierung eines verbindlichen „Jugend-Checks“<sup>4</sup>
- 47 • Jugendpolitik als fester Bestandteil der Bayerischen Nachhaltigkeitsstrategie und als  
48 Schwerpunkt einer für Bayerns Regionen angepassten Demographie-Strategie

---

Bayerischer Landtag, Bericht der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern-Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“, Drs. 15/10881, 9ff.. Das Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung weist in Konsequenz der Enquete-Kommission auf die Bedeutung von Jugendpolitik hin: „Potenziale entfalten – Gesellschaftliches Miteinander gestalten – Brücken bauen“. Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung, Beschluss vom 11.6.2013.

<sup>2</sup> Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Jugend ermöglichen! Die Broschüre zum 15. Kinder- und Jugendbericht, Berlin, 2017, S. 37: „Insgesamt stellten unter 25-jährige bei der Bundestagswahl 2013 nur 8,8 Prozent der Wahlberechtigten und 7,4 Prozent der Wählerinnen und Wähler. Und nur drei Prozent der Wahlberechtigten waren zwischen 18 und 21 Jahren alt. (...) Zum Vergleich: Mehr als jede\*r fünfte Wähler\*in bei der Bundestagswahl 2013 war älter als 70 Jahre.“

<sup>3</sup> Vgl. Ziele und Aufgaben Kirchlicher Jugendarbeit. Beschluss der Vollversammlung der Gemeinsamen Synode der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland vom 8.5.1975. Der Synodenbeschluss stellt einen Eckpunkt dar, an dem sich kirchliche Jugendarbeit bis heute in ihren Grundlagen messen und orientieren muss.

<sup>4</sup> Vgl. U-28 Strategie „Die Zukunft lacht“ des BDKJ-Bundesverbands [www.bdkj.de/themen/u-28/](http://www.bdkj.de/themen/u-28/).

- 49 • Konsequente Weiterarbeit an den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Jungsein in  
50 Bayern“ z.B. durch regelmäßige Anhörung der Jugendverbände und kontinuierliche  
51 Berichterstattung der Bayerischen Staatsregierung im Bayerischen Landtag  
52

## 53 2.2 Politische Bildung als Grundlage für wirksame Jugendpolitik 54

55 Die politische Bildung führt an bayerischen Schulen mit dem Fach Sozialkunde eine  
56 Randexistenz. Die außerschulische politische Bildung – wozu Jugendarbeit einen wichtigen  
57 Beitrag leistet – kompensiert bereits viele Defizite und bietet praktische Lernfelder, die für  
58 eine gelungene politische Partizipation notwendig sind. Nur wer selbst erlebt, dass  
59 Engagement etwas bewirkt, kann auch begreifen, dass politische Beteiligung in der  
60 Demokratie eine notwendige Bedingung ist.

61 Gleichzeitig steigen in Zeiten von „Fake-News“ und einem Informations- und  
62 Nachrichtenüberfluss im Online-Zeitalter die Anforderungen an politische Bildung:  
63 Informations- und Medienkompetenz werden zu entscheidenden Schlüsselqualifikationen.  
64 Aufgabe und zugleich Grundlage wirksamer Jugendpolitik ist die politische Bildung -  
65 Jugendpolitik ist auch „Bildungs- und Befähigungspolitik“<sup>5</sup>.

### 66 **Daher fordern wir:**

- 67 • Ausbau der politischen Bildung an allen Schularten Bayerns mit Schwerpunkt auf  
68 altersgerechtem, projektbezogenem, handlungsorientiertem Lernen.
- 69 • Ermöglichen von Partizipationserfahrungen in Unterricht und Schulleben z.B. durch  
70 Schulprojekte und Planspiele.
- 71 • Ausbau der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung in Bayern vor  
72 allem bei freien Trägern, parteinahen Stiftungen und internationalen Institutionen
- 73 • Weitere Stärkung der verbandlichen und offenen Jugendarbeit als Orte politischer  
74 Bildung, die die Selbstverantwortung der jungen Menschen stärken.
- 75 • Finanzielle Anreize für Bildungsträger politischer Bildung für jugendgerechte Angebote.
- 76 • Reform der Landeszentrale für politische Bildung in Bayern, die in ihren Angeboten und  
77 Zielgruppen zum ersten Partner für Jugendpolitik werden sollte, unter anderem in den  
78 Themen Integration, Erinnerungsarbeit und Kommunalpolitik.
- 79 • Ausbau medienpädagogischer Angebote mit dem Ziel politischer Beteiligung und  
80 kritischer Medienkompetenz v.a. in ländlichen Räumen.

81

## 82 2.3 Jugendbeteiligung als zentraler Bestandteil und Ziel von Jugendpolitik 83

84 Jugendpolitik kann nur dann gelingen, wenn auf allen politischen Ebenen Jugendbeteiligung  
85 ermöglicht und gefördert wird. Das haben wir seit 2012 immer wieder in der Politik

---

<sup>5</sup> Pletzer, Winfried, Kommunale Jugendpolitik: Rahmenbedingungen, Leitlinien, Gestaltung, in: Lindner, Pletzer (Hgg.), Kommunale Jugendpolitik, Weinheim 2017, 85.

86 vorgebracht, die Position „Mehr Partizipation und politische Bildung für Bayern“ beschreibt  
87 unsere Sichtweise „Jugendbeteiligung ist das Recht der Jugend auf Zukunft!“ am besten:

88 „Jugendbeteiligung ist als ein einforderbares Recht für junge Menschen umzusetzen, das  
89 sie als Handelnde in demokratischen Prozessen ernstnimmt. Deutschland hat sich  
90 rechtsverbindlich an die UN-Konvention über die Rechte des Kindes gebunden. Diese legt  
91 hohe Standards an die Partizipation junger Menschen bis 18 Jahren an. Allerdings gelingt  
92 es noch nicht immer, diese allgemeinen Rechte in konkrete Ausführungsbestimmungen  
93 umzusetzen – gerade in Bayern.<sup>6</sup> Hier gibt es beispielsweise noch keine rechtlichen  
94 Grundlagen für die Partizipation junger Menschen auf kommunaler Ebene.“<sup>7</sup>

95 Jugendbeteiligung ist also ein Grundrecht von jungen Menschen, das auch in allgemeinen  
96 Zielbestimmungen enthalten sein muss. Jugendbeteiligung darf für uns nicht vom Zufall der  
97 Interessen einzelner Bürgermeister und Landrätinnen abhängig sein: „Beteiligung von jungen  
98 Menschen ist kein jugendpolitisches Feigenblatt. Wer Beteiligung nicht ernst meint, der sollte  
99 besser darauf verzichten.“<sup>8</sup>

100 Kern der repräsentativen Demokratie ist das Recht, an Abstimmungen und Wahlen  
101 teilzunehmen. In Bayern wird dies derzeit bis zum 18. Lebensjahr verwehrt. Die Jugend  
102 wünscht sich mehr Entscheidungsrechte.<sup>9</sup> Sie weiterhin von dieser direktesten Form politischer  
103 Partizipation auszuschließen, kann sich keine Gesellschaft erlauben. In unserer Kirche sind wir  
104 schon weiter: 2018 sind bei den Pfarrgemeinderats- und Kirchenvorstandswahlen auch  
105 14jährige wahlberechtigt.

#### 106 **Daher fordern wir:**

- 107 • Verankerung von Jugendbeteiligung als Grundsatz in der Bayerischen Verfassung, in der  
108 Bayerischen Gemeinde- und Landkreisordnung sowie in den Geschäftsordnungen der  
109 Kommunen und Landkreise und Legitimation der nötigen Instrumente – aufbauend auf  
110 dem Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung von 2013<sup>10</sup>.
- 111 • Erarbeitung und Etablierung verbindlicher Qualitätsstandards für Jugendbeteiligung –  
112 unter Beteiligung junger Menschen.
- 113 • Einführung des aktiven Wahlrechts, d.h. des Rechts auf Teilnahme an Wahlen sowie  
114 Abstimmungen auf allen politischen Ebenen ab 14 Jahren.
- 115 • Ausbau des Petitionsrechts und Ermöglichung einfacher Online-Petitionen.

---

<sup>6</sup> Das Länderausführungsgesetz zum SGB VIII / KJHG enthält in Bayern, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, keinen Bezug zur Partizipation. Hingegen regelt beispielsweise das Jugendförderungsgesetz von Schleswig-Holstein zur Ausführung des KJHG in § 4 Abs. 3: „Kinder und Jugendliche sollen an Planungen in den Gemeinden in angemessener Weise beteiligt werden, soweit ihre Interessen hiervon berührt werden“.

<sup>7</sup> Vgl. Beschluss „Jugendbeteiligung bewegt das Land – Mehr Partizipation und politische Bildung in Bayern!“ des KLJB-Landesausschusses I/2012 in Pappenheim.

<sup>8</sup> Günter Katheder-Göllner: Dass es morgen besser ist als heute... Kommunale Jugendpolitik und Jugendarbeit im Landkreis Donau-Ries, in: Lindner, Pletzer (Hg.), Kommunale Jugendpolitik, Weinheim 2017, S. 380-389 (386)

<sup>9</sup> Der Anspruch auf Teilhabe ist mit höherer Bereitschaft zur Beteiligung an politischen Aktivitäten verbunden. Shell Deutschland Holding (Hg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch, Frankfurt 2015, S. 200

<sup>10</sup> „Potenziale entfalten – Gesellschaftliches Miteinander gestalten – Brücken bauen“. Kinder- und Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung, Beschluss vom 11.6.2013.

116  
117  
118  
119  
120

- Bereitstellung von Fördermitteln für neue Modellprojekte „Jugendpolitik ist Beteiligung“<sup>11</sup>.
- Umsetzung des bereits 2015 auf den Weg gebrachten Fachprogramms „Demographie und Partizipation“.

121  
122

## 2.4 Jugendpolitik fängt in der Gemeinde an!

123 Jugendpolitik ist keine Kür für besonders motivierte Bürgermeister; sie ist auch mehr als nur ein  
124 Standortvorteil von Gemeinden im Wettbewerb um junge Menschen. Sie ist kommunale Pflicht-  
125 und Gestaltungsaufgabe. Die kommunale Jugendhilfeplanung kann dabei als bereits vorhandenes  
126 Instrument genutzt werden.<sup>12</sup>

127 Besonders in ländlichen Räumen bietet die politische Ebene der Kommune ein großes Potential  
128 für konkrete Partizipation: eine überschaubare Struktur, die unmittelbare Betroffenheit, die  
129 Sichtbarkeit der Ergebnisse sowie ein persönlicher Bezug zu Handlungsträgern.

130 Gleichzeitig bietet die Entwicklung einer sozialraumorientierten Jugendpolitik und die Schaffung  
131 von Beteiligungsmöglichkeiten für ländliche Gemeinden die große Chance, einen Lebensraum zu  
132 gestalten, der für junge Menschen attraktiv ist und damit der Abwanderung entgegen zu wirken.

### 133 Daher fordern wir:

- 134 • Verankerung von Instrumenten und Evaluierungsmethoden zur Jugendbeteiligung in der  
135 Bayerischen Gemeindeordnung.
- 136 • Jugendbeteiligung und „Jugend-Check“ als verpflichtende Voraussetzung für  
137 Fördermaßnahmen zur ländlichen Entwicklung (z.B. Dorferneuerung).
- 138 • Implementierung des Themenfelds Jugend in staatlich geförderte Programme wie z.B.  
139 „Zentrum für Nachhaltige Kommunalentwicklung“
- 140 • Qualitätsstandards für „jugendfreundliche Kommunen“
- 141 • Ausbau der Bildungsangebote des BJR und des Bayerischen Gemeindetags für  
142 Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, insbesondere die Jugendbeauftragten  
143 der Gemeinderäte sowie Vertreterinnen und Vertreter der Jugendringe in  
144 Jugendhilfeausschüssen hinsichtlich Jugendpolitik und Jugendbeteiligung
- 145 • Anstoß von Modellprojekten zur Jugendbeteiligung in der Kommune – sowohl  
146 dauerhaft (z.B. Jugendparlamente, Jugendbeiräte) als auch projektorientiert (z.B.  
147 Bauleitplanung)

---

<sup>11</sup> Aufbauend auf der 2017 vom Bayerischen Jugendring begonnen Studie „Politische Beteiligung junger Menschen in Bayern“ (Umfrage bei 6.000 jungen Menschen im Alter von 14-27 Jahren).

<sup>12</sup> Vgl. Merchel, Joachim, Kommunale Jugendhilfeplanung als Instrument zur Herausbildung einer eigenständigen Jugendpolitik auf kommunaler Ebene, [www.allianz-fuer-jugend.de/Autorenbeitraege](http://www.allianz-fuer-jugend.de/Autorenbeitraege).

148  
149

### 3. Und jetzt?! Aktuelle Herausforderungen für die Jugendpolitik

150 Die Lebensphase Jugend verläuft nicht isoliert von gesellschaftlichen Entwicklungen, junge  
151 Menschen sind Teil der Gesellschaft und prägen die Gesellschaft. So muss Jugendpolitik auch  
152 immer aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen aus der Perspektive junger Menschen vor Ort  
153 aufgreifen. Unsere Erfahrung zeigt, dass in der aktuellen Situation im breiten Themenspektrum  
154 von Jugendpolitik besonders die beiden Themenfelder Integration und Rechtsextremismus  
155 herausfordern .

156

#### 3.1 Jugendpolitik schafft Orte für Integration

157  
158

159 Spätestens seit der Aufnahme vieler Schutzbedürftiger 2015/16, darunter sehr viele junge  
160 Menschen, ist Integration zu einem wichtigen Element von Jugendhilfe, Jugendarbeit und somit  
161 von Jugendpolitik geworden.

162 Jugendarbeit und –verbände stellen sich aktiv dieser Herausforderung und sind häufig Vorreiter  
163 für gelingende Integration.<sup>13</sup> Als junge Christinnen und Christen in der KLJB entspricht es  
164 unserem Selbstverständnis, offen und positiv auf Veränderungen zu reagieren und ohne Angst  
165 auf andere Menschen zuzugehen.

166 Gleichzeitig haben wir den Anspruch, diesen Prozess politisch mitzugestalten und erwarten  
167 daher die Schaffung von Rahmenbedingungen, die ehrenamtliches Engagement fördern und  
168 begleiten und eine Kultur des Miteinanders junger Menschen unterstützen.

#### **Daher fordern wir:**

- 170 • Ausbau der finanziellen Förderung von Integrationsprojekten und –veranstaltungen;  
171 Förderung von Bildungsangeboten beispielsweise für interkulturelles Lernen, zu  
172 Fluchtursachen und Asylverfahren u. ä., vor allem auch in ländlichen Räumen
- 173 • Bedarfsgerechte und flächendeckende Ausstattung der Jugendmigrationsdienste mit  
174 ihrer Beratungsarbeit vor allem in ländlichen Räumen
- 175 • Eintreten gerade der Jugendpolitikerinnen und Jugendpolitiker für eine kulturell sensible  
176 und positive Integrationspolitik
- 177 • Qualifikation zum Thema Migration/interkulturelle Arbeit für Ehrenamtliche sowie  
178 pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit

179

---

13 Der im Dezember 2016 erschienene KLJB-Werkbrief „Integration auf dem Land“ zeigt anhand vieler positiver Beispiele und Anregungen, wie wichtig persönliche Begegnungen und Jugendräume bei der Integration junger Menschen auf dem Land sind.

### 180 3.2 Jugendpolitik ist Prävention von Rechtsextremismus und Populismus

181

182 Rechtsextreme und rechtsorientierte Parteien werden in vielen Ländern in Europa wieder  
183 stärker, die politische Lage ist unübersichtlich geworden.<sup>14</sup> Populismus scheint die politische  
184 Debatte immer mehr zu beherrschen, bietet vereinfachte Lösungen für komplexe Probleme  
185 und versucht das Konzept „Menschenfeindlichkeit“ zu verbreiten. Rechtsextreme und  
186 populistische Gruppen versuchen auch in Bayern, Fuß zu fassen, Vereine zu unterwandern  
187 und die komplizierte Lage für ihre Zwecke auszunutzen.

188 Die Jugendarbeit insgesamt und die KLJB im Besonderen setzen dagegen bereits viele  
189 Akzente für einen optimistischen Blick in die Zukunft. Wir setzen auf pädagogische Arbeit,  
190 gelebte Bündnisse für Demokratie und Aufklärung als Mittel gegen Rechtsextremismus und  
191 Populismus. Doch das Wissen über aktuelle rechtsextreme Strategien ist noch  
192 unterentwickelt, ausufernde Hetze im Internet braucht passende Gegenstrategien.

193 Leider ist die für passende Bildungs- und Beratungsangebote notwendige Struktur in Bayern  
194 im Vergleich zu anderen Bundesländern noch sehr schwach: „Bündnisse für Toleranz und  
195 Demokratie“ und Angebote der Beratungs- und Präventionsarbeit für Schule und  
196 Jugendarbeit brauchen mehr Anerkennung und Förderung ihrer Arbeit.

197

#### 198 **Daher fordern wir:**

- 199 • Selbstverpflichtungen aller Politikerinnen und Politiker, nicht mit populistischer Sprache  
200 und auf Kosten von Minderheiten Wahlkampf zu betreiben.
- 201 • Überarbeitung für das „Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“ von  
202 2009 unter Beteiligung von Wissenschaft, Verbänden und Jugendarbeit und es über den  
203 Bereich der Repression/Sicherheitspolitik hinaus mit passenden Maßnahmen für  
204 Prävention in der demokratischen Zivilgesellschaft zu ergänzen
- 205 • Ausbau mobiler zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus,  
206 insbesondere der LKS<sup>15</sup>, und Förderung für „Bündnisse für Toleranz und Demokratie“  
207 in ganz Bayern
- 208 • Qualifikation zum Thema Rechtsextremismus und Hetze im Internet für Ehrenamtliche  
209 sowie pädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit

210

### 211 4. Jugendpolitik braucht Jugendarbeit

212

213 Jugendarbeit ist Lernfeld und Ort gelebter Demokratie und somit immer auch Ort von  
214 Jugendpolitik. Und selbstorganisierte, verbandliche Jugendarbeit ist kein Auslaufmodell!<sup>16</sup>

---

<sup>14</sup> Wir konzentrieren uns in diesem Abschnitt auf die durch Gewalt und Wahlerfolge sehr bedrohliche Gefahr des Rechtsextremismus. Andere wie islamistische oder linksextreme Gefahren brauchen für uns andere Analysen und Antworten in Jugendarbeit, Politik, Kirchen/Religionsgemeinschaften und Gesellschaft.

<sup>15</sup> Landeskordinierungsstelle Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus

<sup>16</sup> Die Leistungsstatistik der Landesstelle für katholische Jugendarbeit in Bayern 2016 zeigt für die kirchliche Jugendarbeit deutlich, wie viele junge Menschen sich in der Jugendarbeit engagieren, regelmäßig

215 Besonders in ländlichen Räumen ist sie wesentliches Element der Bildungsarbeit, der  
216 Freizeitgestaltung und der Jugendkultur vor Ort.<sup>17</sup> Junge Menschen lernen, Verantwortung zu  
217 übernehmen und selbstwirksam zu handeln und so ihren Sozialraum mitzugestalten.  
218 Jugendarbeit bietet auch eine Plattform, auf der alle Themen, die junge Menschen beschäftigen  
219 – von der Weltpolitik bis hin zum Maibaum – diskutiert und bearbeitet werden und wo junge  
220 Ideen entstehen. Doch Jugendarbeit braucht eine stetige Weiterentwicklung sowie die  
221 Bereitstellung entsprechender Rahmenbedingungen, da gerade Veränderungen in der  
222 Lebenswirklichkeit junger Menschen (z.B. die Verringerung freier Zeit durch Veränderungen  
223 von Schule,...) ständig neue Antworten brauchen.

224

### 225 **Daher fordern wir:**

- 226 • Stärkung der selbstorganisierten, verbandlichen und offenen Jugendarbeit und Erhaltung  
227 der jeweiligen Freiräume.
- 228 • Bereitstellung von Mitteln für die Errichtung bzw. Instandhaltung von Jugendräumen.
- 229 • Kostenfreie Bereitstellung von Räumen für Jugendarbeit durch Kommunen und  
230 Pfarrgemeinden.
- 231 • Bereitstellung von Mitteln für ausreichend pädagogisches Personal in Einrichtungen der  
232 Jugendarbeit .
- 233 • Eine ausgewogene Förderpraxis von Projektförderung und institutioneller Förderung bei  
234 öffentlichen Fördermaßnahmen für die Jugendarbeit.

235

## 236 **5. Wir gestalten Jugendpolitik selbst – uns gehört die Zukunft!**

237

238 Die KLJB Bayern sieht sich selbst in der Verpflichtung, Jugendpolitik auf allen Ebenen selbst zu  
239 gestalten, passende Angebote zu machen und neue Förderprogramme zu nutzen.

240 Uns eint das Bewusstsein, dass Jugendarbeit viel leistet für Demokratie, Integration und starke  
241 ländliche Räume. Gleichzeitig erwarten wir von der Politik, junge Menschen in ihren Anliegen  
242 wahrzunehmen und ernst zu nehmen, anstatt defizitär auf die zukünftige Generation zu blicken.

243 Einer bis auf die unteren Ebenen der Gemeinden vernetzten Jugendpolitik und einer  
244 ernstgemeinten Jugendbeteiligung werden die jungen Menschen den Weg ebnen – wir sind jung,  
245 uns gehört die Zukunft!

---

Veranstaltungen besuchen und festen Jugendgruppen angehören. Drei Viertel der Veranstaltungen bekommen dabei bisher gar keine staatliche Förderung.

<sup>17</sup> Vgl. Studie „WIR Landjugend“ der Evangelischen Landjugend Bayern, die 2014 Erfolgsfaktoren der Landjugendarbeit untersucht hat.